

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Luise Schorn-Schütte**  
**Gottes Wort und Menschenherrschaft**  
Politisch-Theologische Sprachen im Europa  
der Frühen Neuzeit

304 Seiten mit ca. 8 Abbildungen. Gebunden  
ISBN: 978-3-406-68235-3

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/14869157>

## Einleitung

1. Das Denken über Politik hat auf alle Historiker stets eine besondere Faszination ausgeübt. Wie selbstverständlich wurden Kontinuitäten angenommen und die Texte der europäischen Theoretiker des Politischen als Geschichte einer steten Weiterentwicklung charakterisiert. Diese Sichtweise hat ihre Wirkung nicht verfehlt, sie ist aber ein Konstrukt. Denn jeder Entwurf zur Deutung politischer Ordnungszusammenhänge, zur Legitimation von Herrschaft, zum Recht auf Widerstand, Gegen- oder Notwehr wie es für die Frühe Neuzeit korrekter heißt, zur Verteilung von Macht, zum Recht der Teilhabe u. a. m. hat einen zeitgebundenen Hintergrund, ist Antwort auf eine spezifische Problemlage, auf die keineswegs nur die großen Denker, sondern ebenso sehr, vielleicht sogar noch präziser die beteiligten Amtsträger und politischen Berater geantwortet haben. Dabei war das Anknüpfen an Legitimationstraditionen selbstverständlich, sogar Voraussetzung der Akzeptanz. Deren Weitergabe aber wurde von den Zeitgenossen keineswegs als lineare Weiterentwicklung verstanden. Bis weit in das 18. Jahrhundert hinein dominierten vielmehr Vorstellungen von einer göttlichen Schöpfungsordnung, vom politischen Körper als Schöpfungseinheit oder vom Kreislauf menschlicher als herrschaftlicher Ordnungen; eine «Höherentwicklung» wurde nicht thematisiert.

In der europäischen Forschung der letzten Jahrzehnte hat diese Beobachtung zu dem Ergebnis geführt, dass das politische Denken und Handeln der Vergangenheit nicht als Reduktion auf die sogenannte Höhenkammliteratur, also das Denken einiger weniger, von den Historikern im Nachhinein als «groß» bezeichneter, politischer Theoretiker, fassbar ist.<sup>1</sup> Stattdessen erweist es sich als sinnvoll, den Austausch der Zeitgenossen über ihre politische Ordnung, das Sprechen, Schreiben,

Darstellen, kurz: ihre *Kommunikation über das Politische* zu rekonstruieren. Die damit behauptete Existenz einer «politischen Sprache» der Zeitgenossen erschließt sich dem Historiker in der Untersuchung des Wandels von Begriffen, der in den Konflikten vor Ort ebenso gut greifbar ist wie in den theoretischen Abhandlungen oder auch in Texten, die Rechtsnormen setzten.<sup>2</sup>

Der damit aufscheinende methodisch-theoretische Gegensatz zwischen der deutschen Begriffsgeschichtsschreibung und der angelsächsischen New History of Ideas soll hier lediglich benannt werden, eine Auflösung im Sinne einer Verbindung beider Ansätze ist derzeit nicht zu erkennen. Die in der Forschung dicht geführten Debatten haben gezeigt, dass es Unterschiede in der Bestimmung des Verhältnisses von historischer Realität zur Sprache gibt. Hinzu kommt das Problem der Kriterien für die Auswahl von sogenannten Schlüsselbegriffen: Die Kritiker betonen zu Recht, dass mit deren Festlegung bestimmte Teile vergangener Wirklichkeiten ausgegrenzt werden.<sup>3</sup> Für die konkrete Forschung ist deshalb eine abwägende Orientierung im Rahmen der methodisch-theoretischen Debatte notwendig, nicht aber eine abschließende Klärung.<sup>4</sup>

2. Für die Frühe Neuzeit führt die angedeutete Veränderung der Blickrichtung zu neuen Perspektiven. Ihnen widmet sich dieses Buch.

Eine wichtige Einsicht ist zum Ersten die Existenz einer *europaweiten* Debatte über die Formen politischer Herrschaft im 16. und beginnenden 17. Jahrhundert, Sonderwege existierten offenbar kaum.<sup>5</sup> Zum anderen wird deutlich, dass für diese Debatten die Berufung auf *traditionale Teilhaberechte* eine entscheidende Rolle spielte. Damit erweist sich der in den vergangenen Jahrzehnten sehr dominante modernisierungstheoretische Blick der Historiker als ergänzungsbedürftig.<sup>6</sup> Wandel in der Frühen Neuzeit stellt sich, so ist die These, nicht mehr ausschließlich als immer raschere Konzentration von Herrschaft dar, die als Vorstufe des modernen Staates zu beschreiben ist.<sup>7</sup> Die Richtung, die im Blick auf die Erforschung der frühneuzeitlichen Stadt formuliert wurde, kann für das ganze hier betrachtete Jahrhundert gelten: «... dass es notwendig und zwischenzeitlich auch möglich ist, einen Begriff von der Politik [...] zu entfalten, der nicht in erster Linie die traditionsstiftenden Kontinuitäten [als

Vorgeschichte des modernen Staats, d. Verf.in], sondern die historischen Differenzen betont.»<sup>8</sup>

Um diese Aussage zu erhärten, erweist es sich als notwendig zu klären, wie das *Verhältnis von Tradition und Wandel* durch die Zeitgenossen selbst verstanden wurde. Das ist zwar keine völlig neue Frage, aber sie unterscheidet sich sichtbar von der modernisierungstheoretischen Meistererzählung, die für die vergangenen rund vierzig Jahre dominierend war. Gefragt wird nach den *Normen und Werten*, mit deren Hilfe sich im frühneuzeitlichen Europa a) Herrschaft begründete, b) Herrschaft kontrolliert wurde, c) sich neuerlich stabilisierte und d) durch Integration von Korrektur und Traditionserneuerung veränderte. Derartige Prozesse der *Neu- oder Umordnung von Überlieferungen* scheinen der Motor historischen Wandels in der Frühen Neuzeit gewesen zu sein, wie dies u. a. Literatur-, Kunst- und Philosophiegeschichtsschreibung in den letzten Jahren herausgearbeitet haben.<sup>9</sup> An diese Forschungsansätze kann für den Bereich der politischen Herrschaft angeknüpft werden; dafür spricht, dass der Blick auf die politische Kommunikation, auf den Wandel der Begriffe im Sinne des Wandels im *alltäglichen* Gebrauch der politischen Sprache<sup>10</sup> die epochenspezifische Relevanz von Traditionen und ihrer Wirkkraft für Neuorientierungen sichtbar werden lässt. Zugleich wird auch deutlich, dass diese Debatten über Herrschaft im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts nicht in unterschiedlicher Geschwindigkeit geführt wurden, sondern sich als parallele und miteinander verzahnte Kommunikationen beschreiben lassen. Für dieses Phänomen bietet sich der Begriff der *«Streitkultur»* an, der durch die Kirchenhistorikerin Irene Dingel zunächst für die theologischen Debatten im Alten Reich des 16. Jahrhunderts verwendet wurde;<sup>11</sup> er lässt sich aber sehr gut auch für darüber hinausgehende Regionen, Themen und Konfessionen einsetzen.

Dass dafür in den folgenden Ausführungen weitgehend auf sprachliche Überlieferung zurückgegriffen wird, beruht einerseits auf der Überlieferungslage, andererseits auf der Einsicht, dass nichtsprachliche, gegenwärtig auch als *«symbolisch»* bezeichnete Kommunikation selten eindeutig ist; stets müssen sprachliche Formen in ihrer Funktion als Kontext der Kommunikation mit herangezogen werden.<sup>12</sup>

## I. Was ist politische Kommunikation in der Frühen Neuzeit? Begriffsklärungen, Stand der Forschung, Forschungsfrage

Als «Faszination des Staats» bezeichnete 2004 M. Meumann die seit dem 19. Jahrhundert andauernde Beschäftigung mit dem sogenannten Werden der Staatsgewalt.<sup>13</sup> Trotz aller Differenzierungen dominiert bis heute die Annahme eines gradlinig verlaufenden Prozesses der stetigen «Verstaatung» aller Bereiche politisch-sozialer Ordnung.<sup>14</sup> Die Kritik an der Staatskonzentration des 19. Jahrhunderts, die in der alten Bundesrepublik seit den beginnenden siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zur Begründung für die Intensivierung der Sozialgeschichtsschreibung wurde, hat keineswegs zur Überwindung jener Fixierung beigetragen, im Gegenteil. Für die Erforschung der Geschichte der Frühen Neuzeit wurde das Konzept der sozialen Disziplinierung mit dem Konzept der Konfessionalisierung verbunden, die konfessionelle Differenzierung als Beitrag zur staatlichen Zentrierung charakterisiert.<sup>15</sup> Damit wurden Aspekte der zeitgenössischen Debatte in die historischen Fragestellungen integriert, wie ein Blick auf die Diskussionen um den Sozialstaat der 1970er Jahre mühelos zeigt.<sup>16</sup> Dass damit erhebliche neue Forschungsdimensionen eröffnet wurden, ist unbestritten, die Blickrichtung allerdings blieb auf das Werden des Staates gerichtet.

## 1. Political language, Begriffsgeschichte und Institutionentheorie

Um dieser Begrenzung durch Eröffnung anderer (d. h. nicht besserer!) Perspektiven zu begegnen, wird der Blick auf die Kommunikation der Zeitgenossen vor Ort gerichtet, die eine praxisbezogene politische Sprache mit einem für die Zeitgenossen verständlichen Vokabular des Politischen entwickelten.

Entfaltet wurde dieses Konzept in der englischsprachigen Debatte über den Charakter einer kontextbezogenen Ideengeschichtsschreibung (History of Ideas), die mit den Namen Q. Skinner und J. Pocock verbunden ist.<sup>17</sup> Gegen die Interpretation politischer Ideen als allein auf die Erforschung des Denkens der «großen Geister» gerichtet, betonten beide die Notwendigkeit, die Sprache all der zahlreichen Zeitgenossen in den Blick zu nehmen, die an den aktuellen Debatten um die politische Ordnung teilhatten. Das konnten Denker «dritten und vierten Grades» sein ebenso wie Zeitgenossen, die an konkreten Konflikten beteiligt waren. Neben dieser Kontextbezogenheit, die in der deutschen Debatte übrigens stets sehr präsent war, geht es der Cambridge School darum, den Wandel der in einzelnen, durchaus alltäglichen politischen Debatten prägenden, umstrittenen oder Konsens stiftenden Begriffe (concepts) zu beschreiben. Der Historiker T. Ball fasste die Aufgabe 1998 knapp zusammen: «One of the tasks of the conceptual historian is to address this sense of strangeness, of difference, not to make it less strange or different, but to make it more comprehensible, to shed light on past practices and beliefs, and in so doing to stretch the linguistic limits of present-day political discourse.»<sup>18</sup>

Dieses Plädoyer für die Einsicht in die relative Verständnislosigkeit der eigenen zeitgebundenen Begriffe des Historikers setzt klare Zäsuren gegenüber der deutschen Begriffsgeschichtsschreibung. Nicht ein Kanon von Begriffen, der von den Historikern als bedeutsam festgelegt wird, ist maßgeblich,<sup>19</sup> sondern der Wandel der Begrifflichkeit in den einzelnen *zeitgenössischen* Konflikten, die um den Charakter und die Verteilung von Herrschaft geführt wurden. Hier setzt das Konzept der political language an.

Alltägliche Konflikte lassen sich in institutionalisierten Prozessen des Austausches identifizieren, politische Kommunikation und ihre Institutionalisierung sind also auf das engste miteinander verbunden. Als Ergebnis einer engen Forschungskoopeation von Historikern und historisch arbeitenden Politologen hat in den letzten Jahren eine differenzierte *institutionentheoretische Forschung* diese Wege vorgezeichnet. Im Unterschied zur ontologisierenden Sichtweise des vergangenen Jahrhunderts wandte sich die internationale Forschung dem prozesshaften Charakter sozialer Institutionen zu.<sup>20</sup> Infolgedessen bietet die historisch arbeitende Politikwissenschaft eine Definition an, wonach Institutionen als «... relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender und orientierender Funktion» gelten sollen. Sofern innerhalb dieses Rahmens von «politischen Institutionen» gesprochen wird, werden sie verstanden als «[...] Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher, gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen und Instanzen [...] von Orientierungsleistungen einer Gesellschaft.»<sup>21</sup> Das Sprechen, der Austausch über diese *Orientierungsleistungen* ist politische Kommunikation, sie ist greifbar in politischen Sprachen. Dass sich damit der Politikbegriff gewandelt hat, wurde bereits in der Forschung zur Geschichte der frühneuzeitlichen Stadt konstatiert: Der «Politikbegriff [hat sich] verflüssigt und damit der Historisierung [ge]öffnet». Politische Entscheidungsfindung in der Frühen Neuzeit ist ein stets neu zu organisierender *Prozess der Festlegung von konkreten Verfahrensweisen zur Konfliktlösung*, der keineswegs immer auf allseits akzeptierte und festgelegte Abläufe für die Entscheidung zwischen Alternativen zurückgreifen konnte.<sup>22</sup> In diesem Sinne argumentierte zuletzt auch F. de Vivo, der in seiner Untersuchung zum Verhältnis zwischen Politik und Kommunikation im Venedig des 17. Jahrhunderts betonte, «that communication was politics [...] in the very real sense that political communication was itself the terrain of both conflict and compromise, possibilities and difficulties.»<sup>23</sup>

## 2. New History of Ideas – Historische Semantik – «Denkrahmen», «Streitkulturen»

Sowohl für die Begriffsgeschichtsschreibung als auch für die Neue Ideengeschichtsschreibung (New History of Ideas) ist der Begriff der (sprachlichen) Kommunikation zentral, geht es doch beiden Ansätzen<sup>24</sup> um das Verhältnis von Sprache und vergangener Wirklichkeit, um die Beziehung zwischen Nomen und Phänomen. Während aber die begriffsgeschichtliche Forschung von einer Dichotomie zwischen der materiellen Welt und dem Begriff bzw. der Sprache von ihr ausgeht, betrachten die mit dem Instrumentarium der historischen Semantik arbeitenden Vertreter der New History of Ideas die Vergangenheit als Einheit in der Kommunikation. Für den Historiker wird historische Realität durch Sprache konstituiert, sie ist nie lediglich Reflex der Wirklichkeit;<sup>25</sup> vielmehr ist Sprache zugleich Handeln: «words are deeds».

Obleich beide Ansätze Geschichte als Bedeutungsgeschichte von Schlüsselwörtern zu schreiben beabsichtigen, haben die Unterschiede bei der Charakterisierung des Verhältnisses von Sprache und Realität bemerkenswerte Konsequenzen. Da die Begriffsgeschichtsschreibung davon ausgeht, dass sich der Wandel sozialer Wirklichkeiten im Wandel des Sprechens über diese abbildet, konzentriert sie sich auf solche Leitbegriffe, in denen sich aus der Perspektive der schreibenden Historiker jener Umbruch am sinnfälligsten wiederfindet. Die Traditionen aber, in denen bestimmte Sprachmuster stehen, sowie die zeitgenössische Begriffsentstehungsgeschichte und solche Leitbegriffe, die das beharrende Moment sozialen und politischen Wandels bezeichnen, werden nicht ausreichend berücksichtigt; entsprechendes gilt für die «nicht intendierten» Folgen der Kommunikation.<sup>26</sup>

Die New History of Ideas versucht, solche Verengungen auszugleichen, was dadurch möglich erscheint, dass der Begriff der Kommunikation sprachphilosophischen Theorien entlehnt ist, mit deren Hilfe Sprachintentionen ebenso strikt berücksichtigt werden wie die Tatsache, dass Begriffe in Traditionen stehen, die ihre je eigene Entstehungsgeschichte haben. Dazu ist der Begriff der «kommunikativen Absicht» hilfreich, der deutlich machen kann, dass jeder noch so innovative Sprechakt nur vor

dem Hintergrund konventioneller, in Traditionen eingebundener Kommunikationsformen identifiziert werden kann.<sup>27</sup> Für diesen Forschungsansatz ist «Kommunikation» die Verwendung eines «Muster[s] stabiler Deutungen und Assoziationen als Scharnier zum Transfer hin zu einem ganz anderen Muster mit einer anderen Bedeutung.»<sup>28</sup>

Selbstverständlich gibt es neben diesen Vorzügen auch ernst zu nehmende Kritik an der Arbeitsweise der *New History of Ideas*.<sup>29</sup> Das gilt für das Verfahren, die Intentionen eines Autors allzu strikt im Umfeld eines einzelnen Sprechaktes zu verankern; das gilt ebenso sehr für die Neigung, den untersuchten «political languages», also den Kommunikationsmustern und -traditionen, eine allzu große Kohärenz zuzusprechen. Dieser Vorwurf wird sehr konkret gegenüber jenem «Metatext»<sup>30</sup> erhoben, den Pocock als «Sprache des Republikanismus» behauptet hat.<sup>31</sup> Die Gefahr der erneuten zu starken Zeitbindungen der Analysekriterien taucht auf diesem Umweg wieder auf.

Ein hier weiterführendes Konzept kommt aus der italienischen Forschung zur historischen Semantik, die sich auf die zeitgenössischen Wissensmuster konzentriert.<sup>32</sup> M. Scattola hat es als allgemeine Theorie der Kommunikation knapp skizziert; seine Ausgangsfrage war: Was sind die Bedingungen, die im 16./17. Jahrhundert gelehrte Kommunikation erleichtern, ihre Verdichtung zu gelehrten Schulen (z. B. Schule von Salamanca) begünstigen? Welche spezifischen Merkmale kennzeichnen deren Mitglieder, welche gemeinsamen Normen akzeptieren sie, welche gelehrten Mittel standen ihnen zur Verfügung, wie wurde juristisches und theologisches, auch praktisch bezogenes Wissen gespeichert, sodass theologisch-politische Kommunikation erfolgreich stattfinden konnte? Offensichtlich gab es im europäischen juristischen, politischen und theologischen Denken des 16. Jahrhunderts eine gemeinsame Struktur der Argumentation, die als Idee der *Topik* beschrieben werden kann; das Wissen wurde in dialektischer Form, im offenen Streitgespräch genutzt. Scattola bezeichnet diese Wissensstruktur europäischer Gelehrsamkeit als «Tradition». Ein Vergleich mit den Wissensmustern im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts zeigt einen bemerkenswerten Wandel; daraus leitet Scattola seine Forschungsthese ab: «Eine wissenschaftliche, auf Begriffen basierende Erkenntnis, die den Konflikt vermeidet [...], ersetzte ein dialektisches, auf Gemeinplätzen beruhendes Wissen, das den Konflikt an-

erkannt und in sich aufgenommen hat.»<sup>33</sup> Festzuhalten ist: Beide Ordnungen der Argumentation sind die *überall in Europa* gültigen Formen der gelehrten Kultur des Wissens. Erkennbar sind Ähnlichkeiten in der Grammatik, der äußeren Form, dem Stil und in den Gegenständen der gelehrten Sprachen, mit deren Hilfe kommuniziert wurde. Voraussetzung gelehrter Kommunikation war also keineswegs die wechselseitige direkte Rezeption, obwohl auch sie existierte. Gewichtiger war die Existenz paralleler europäischer Traditionen, deren Wirkungen jenseits konfessioneller, fachspezifischer und regionaler Kulturen zu beobachten ist. Man kann «auch eine polygenetische Erklärung gelten lassen und annehmen, dass dieselben oder sehr ähnliche Lehren im 16. Jahrhundert *gleichzeitig und unabhängig voneinander formuliert wurden*, und dass unterschiedliche und weit voneinander entfernte Traditionen zu analogen Ergebnissen kamen, obwohl sie von unterschiedlichen Ausgangspunkten angingen und zum Teil auch entgegengesetzte Absichten verfolgten.»<sup>34</sup> Als Beleg verweist Scattola auf die parallelen Debatten um die Tyrannislehre im Europa des 16. Jahrhunderts, die in Spanien ebenso formuliert wurden wie in den Niederlanden und im Protestantismus des Alten Reichs.<sup>35</sup>

Während Scattola Wandlungsprozesse der politischen Kommunikation als Wandel paralleler Wissensbestände charakterisiert, fügt der Historiker C. Zwierlein ein ergänzendes Erklärungsmuster hinzu. Danach sind semantische Umwertungen der Begriffe weder Rezeptionen noch parallele Deutungsmuster allein, sondern «Folge und Symptom eines Wahrnehmungswandels [...], der selbst wiederum erklärungsbedürftig ist.»<sup>36</sup> Der Wahrnehmungswandel ist Folge des, wie Zwierlein formuliert, Wandels des «Denkrahmens». Darunter werden Diskurse, politische Sprachen und Ideen in der Absicht zusammengebunden, die Perspektive der Akteure besser zu verstehen. Diskurse, Semantiken und Ideen sind, so das Argument, ohne Zweifel sehr stark entpersonalisiert; deshalb ist die Berücksichtigung der handelnden Personen hilfreich, um die Wirkung der Wahrnehmung semantischer Veränderungen besser zu verstehen. Die «Rückkehr der Akteurskategorie» erleichtert die Untersuchung des Wandels politischer Sprache in konkreten Konflikten, weil damit der «Gegenwartshorizont» aller Beteiligten integriert werden kann.<sup>37</sup>

Dass diese Kommunikation auch mit intensiven Kontroversen verbunden war, betont die Forschung zur «Streitkultur» der Frühen Neuzeit<sup>38</sup>

und ergänzt den Ansatz von Scattola aus theologiehistorischer Perspektive. Wichtig ist deren Feststellung, dass sich Streit auch als hilfreiches Element für Abgrenzungen und zur Begriffsschärfung charakterisieren lässt. Die dabei zu beobachtenden Formen des theologischen Streitens waren auch für andere Sprachfelder von Bedeutung: Rede und Gegenrede sind überall in Europa auftauchende Formen der Kommunikation, die eine ins Mittelalter zurückreichende Tradition aufweisen. In der Frühen Neuzeit lassen sich nunmehr auch spezifische Formen der Öffentlichkeit identifizieren, innerhalb derer theologiepolitische Debatten geführt werden, die eine größere als die theologiespezifische Öffentlichkeit erreichten.<sup>39</sup> Hier rückte die Autorität eines in den historischen Kontext eingebunden Textes, der Bibel nämlich, in den Mittelpunkt, wobei verschiedene literarische Genera (Predigten, Lieder, Satiren) zum Einsatz kamen und sich schließlich bestimmte Streitkreise und Streitserien ausbilden konnten.<sup>40</sup> Als Motoren dieser Streitkulturen lassen sich u. a. nennen: Generationenkonflikte, eine endzeitliche Überhöhung der als krisenhaft erlebten eigenen Gegenwart des ausgehenden 16. Jahrhunderts sowie einander ausschließende Wahrheitsansprüche theologisch-politischer Richtungen.<sup>41</sup>

Die Verbindung der skizzierten Verfahren führt zur handhabbaren Konkretisierung des Konzepts der politischen Sprache; in diesem Sinne wird es im Folgenden Verwendung finden. Damit wird der methodische Ansatz der Cambridge School erweitert, ohne ihn in seiner grundlegenden Bedeutung in Frage zu stellen. Was aber ist das Charakteristikum des Politischen in der frühneuzeitlichen Kommunikation, was macht die Sprache des 16./17. Jahrhunderts zu *politischer* Sprache?

### 3. Das Politische in der Frühen Neuzeit: Traditionen und Stand der Forschung

Einen wesensmäßig gleichbleibenden *Begriff des Politischen* kennen Historiker nicht; der prozesshafte Charakter der «Institutionen», innerhalb derer die Kommunikation über Politik stattfindet, muss ebenso betont werden wie die Verflüssigung des Politischen: Politische Normen sind historischem Wandel unterworfen. Heißt das nun aber auch, dass es dauerhaft identifizierbare politische Grundnormen in der Frühen Neuzeit

nicht gegeben hat? Die Forschungslandschaft ist überschaubar, sehr zutreffend schreibt der Historiker Volker Seresse, dass «Studien zur Argumentationsgeschichte politischer Normen und Begriffe der [...] frühen Neuzeit [...] rar»<sup>42</sup> sind. Entsprechendes gilt für Untersuchungen zur theoretischen Grundlegung solcher Analysen.

Die klassische Darstellung zur Geschichte des politischen Denkens, in der jene Normen und Werte der europäischen Frühen Neuzeit zur Debatte standen, ist die Arbeit des Berliner Historikers F. Meinecke «Die Idee der Staatsräson», die 1924 erstmals erschien.<sup>43</sup> Dieses Werk hat die deutsche Debatte um den Zusammenhang von Politik und Macht, den Meinecke mit dem Begriff der «Staatsräson» umschrieb, lange Zeit nachhaltig geprägt. Zudem hat seine Ablehnung einer «westeuropäischen Theorie des Politischen», die Meinecke im Positivismus und Kollektivismus verankert sah, eine Zusammenführung der verschiedenen Ansätze zur Erforschung der Geschichte der politischen Ideen in Europa lange Zeit verzögert.<sup>44</sup> Dennoch kann an diese Überlegungen angeknüpft werden, hat Meinecke doch mit seiner Untersuchung eine *historisch* argumentierende «Theorie der Politik» zu formulieren versucht.<sup>45</sup>

Spätestens seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde sowohl die Annahme einer wesenhaften Vernunft des Staates in Frage gestellt als auch die Reduktion der Untersuchung auf einige wenige große Geister aufgegeben. Stattdessen konzentrierten sich Teile der Forschung auch auf die alternativen Antworten, «die von den politischen Theoretikern auf diese Fragen gegeben wurden. Nicht in der Präsentation von Antworten, sondern im Zusammenspiel von Fragen, Antworten und Dissens dieser Antworten, also im politischen Diskurs, liegen Reiz und Bedeutung der Ideengeschichte.»<sup>46</sup>

Damit wurden weitere Normen und Werte in die Debatten der Neuzeit einbezogen, vor allem die Frage nach dem *Verhältnis von Religion und Politik* geriet zum Zentrum der Erörterungen. Der Politologe H. Münkler hat deren Verzahnung als «andauernden Unruheherd der politischen Ideengeschichte» charakterisiert, «dem die Staatsraisontheorien Ausdruck verliehen: der wechselvollen und heiklen Beziehung zwischen Macht, Recht und Ethik.»<sup>47</sup> Den Beginn dieser neuzeitlichen Debatte, die mittelalterliche Deutungen hinter sich ließ, identifizierte der Politologe mit dem Werk des Machiavelli. Darin folgte er Meinecke und darin

ist sich die Forschung bislang auch einig geblieben. Die Konzeption der Staatsräson gilt weithin als «Antwort auf den Zerfall der alten Ordnung, die Entsakralisierung der Politik und die Rationalisierung der Beziehungen zwischen den Menschen.»<sup>48</sup>

Diese Antwort war aber ganz offensichtlich nicht die einzige, die die Zeitgenossen formulierten; vielmehr wurde das Verhältnis zwischen Religion und Politik vielstimmig beschrieben, der Wandel, der das 16. Jahrhundert zweifellos charakterisierte, wurde nicht von allen Zeitgenossen als «Zerfall» verstanden. Selbstverständlich gab es diejenigen, die, um mit Münkler zu argumentieren, einem «entsakralisierten» Geschichtsbild folgten und deshalb das Staatsräsonkonzept des Machiavelli als logische Antwort auf den Epochenwandel im beginnenden 16. Jahrhundert anerkannten, selbst wenn Machiavelli als Autor verfehmt war. Es gab aber ebenso zahlreiche Zeitgenossen, die in einer engeren Verzahnung beider Bereiche die Lösung des Macht- und Ethikproblems ihrer Zeit sahen. Deren Rechtfertigung gab es in allen Regionen Europas, die Zeitgenossen bezeichneten dieses Politikverständnis als *politica christiana*, als *christliche Herrschaftslehre*, als *Politik aus der Bibel*.

An dieser Stelle wird die folgende Untersuchung ansetzen. Münkler differenzierend ist festzuhalten: Entsakralisierung ist nicht gleichzusetzen mit der Ablehnung religiöser Normen zur Bestimmung legitimer Herrschaft; für die *politica christiana* galt vielmehr, dass jene sich an den Normen der Bibel auszurichten habe. Diese zeitgenössische Richtung des Politikdenkens ist in den letzten Jahrzehnten häufig als «rückwärtsgewandter» Nebenstrom der politischen Theoriedebatten bezeichnet und deshalb wenig beachtet worden.<sup>49</sup> Die Ausblendung eines Teils der politischen Wirklichkeit ebenso wie deren Reflexion in der politischen Theorie kann aber nicht im Interesse der Forschung liegen; es gilt vielmehr, die Vielschichtigkeit der zeitgenössischen Diskussionen zu kennen, um die Wechselseitigkeit der Prägungen zu verstehen.<sup>50</sup>

Einen wesentlichen Anteil an dieser Forschung hat der Bielefelder Historiker Horst Dreitzel, der zu Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine grundlegende Untersuchung zum Herrschaftsverständnis im Deutschland des 16. bis 19. Jahrhunderts vorlegte; dort skizzierte er, welch eigenständigen Ort und charakteristischen Stellenwert die *politica christiana* gerade im deutschsprachigen Raum eingenommen

hat.<sup>51</sup> Für das 16./17. Jahrhundert unterscheidet Dreitzel vier Konzeptionen politischer Herrschaft, die in der Charakterisierung von Herrschaft und sozialer Ordnung verschiedene Wege gehen: den politischen Aristotelismus, die Lehre der Monarchomachen, die *politica christiana* und den Tacitismus. Dreitzel betont, dass diese Lehren sich «de republica in genere» auseinandersetzten, also über die Herrschaftsordnung im Allgemeinen, nicht allein über Teilaspekte.<sup>52</sup>

Von einer Entsakralisierung der politiktheoretischen Debatten lässt sich weder am Ende des 16. noch zu Beginn des 17. Jahrhunderts sprechen. Das bestätigen weitere Arbeiten zum Politikverständnis des 16./17. Jahrhunderts.<sup>53</sup> Trotz differierender Positionen im Einzelnen blieben alle Richtungen in der Feststellung einer engen Verzahnung von Religion und Politik verbunden. Deutliche Unterschiede bestanden allerdings in der Bewertung des wechselseitigen Kräfteverhältnisses; die *politica christiana* betonte die Gleichrangigkeit von *ecclesia* und *politica* am nachdrücklichsten. Aufgrund ihrer Einbindung in die akademische Lehre an den Hochschulen des Alten Reichs wurde sie seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts auch an die nachwachsende Generation der Juristen und Theologen weitergegeben; sie erwies sich als eine praktisch wirksame Herrschaftslehre. Konfessionsübergreifend wurde politische Herrschaft als Teil der Schöpfungsordnung charakterisiert, als Grundlage theologisch-politischer Erkenntnis galt die Bibel. Das Wort des Theologen Dietrich Reinkingk (1590–1664), er wolle eine «biblische Politik»<sup>54</sup> schreiben, ist eine Kernaussage der *politica christiana* zum Verhältnis von Religion und Politik. Stets wurde politische Herrschaft in ihrer engen Beziehung zur sozialen Ordnung charakterisiert, die *politica christiana* war «normative praktische Soziallehre».<sup>55</sup> Die systematische Verankerung theologiepolitischer Aussagen geschah über die Auslegung des vierten Gebots (Verehrung der Eltern)<sup>56</sup> und über die Ekklesiologie (die Lehre von der Kirchengemeinschaft), in der üblicherweise Abschnitte über das weltliche Amt (*de magistratu politico*) und die Rolle der Kirche (*de ecclesia*) abgehandelt wurden.<sup>57</sup> Eine Reihe von Textgruppen (u. a. Regimentslehren, Fürstenspiegel, Landtagspredigten, Ratswahlpredigten u. a. m.) bezog sich auf diese Grundlagen; hier wurde das Verhältnis zwischen politischer Herrschaft und kirchlicher Ordnung als Verpflichtung weltlicher Obrigkeit gegenüber der Kirche beschrieben: *custos utriusque tabulae*.<sup>58</sup>

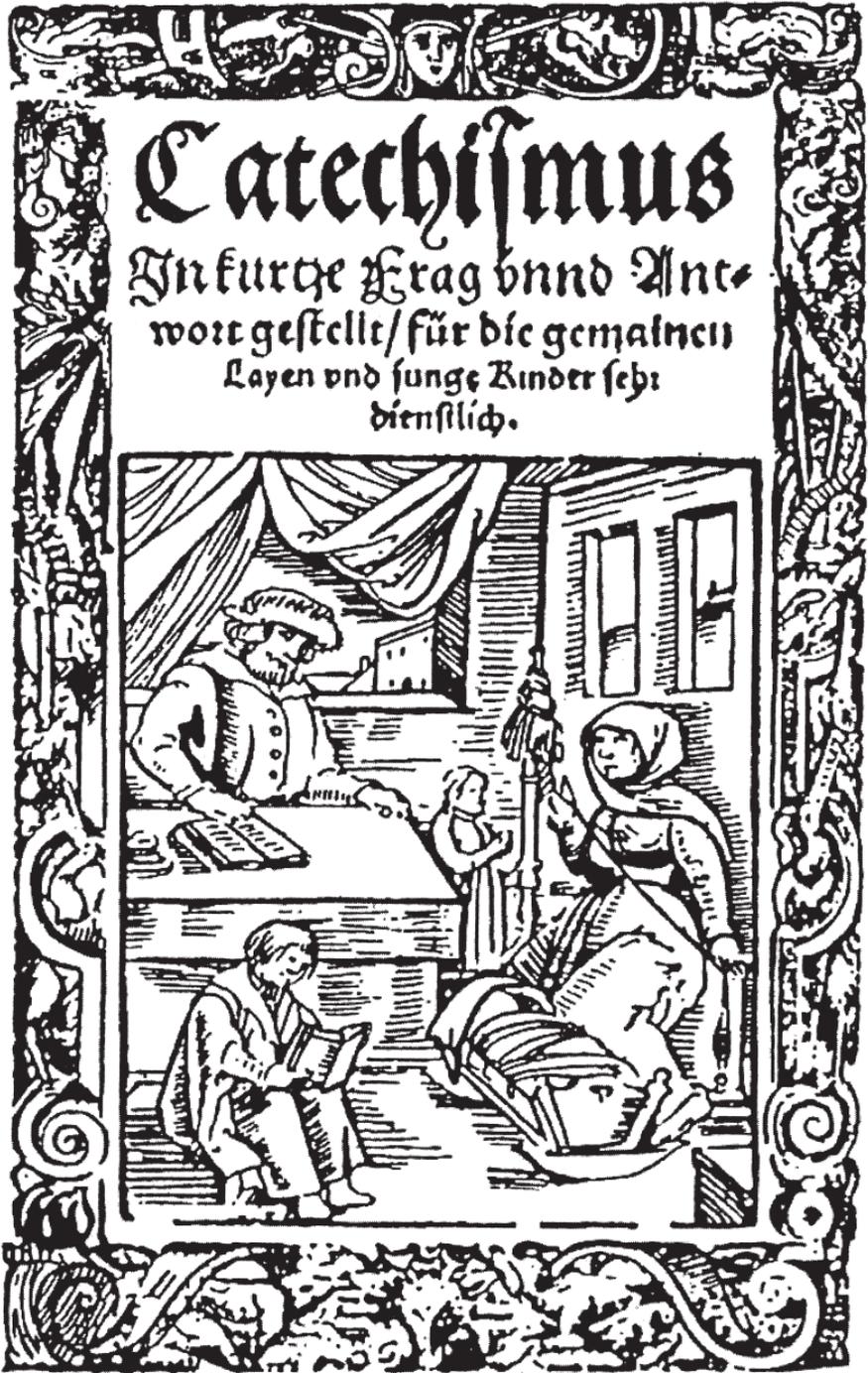


Abb. 1: Familienkatechese 1595. Holzschnitt. Buchillustration